

# Problem erkannt – aber keine Lösung

**IV-Gesetz** Integrationsmassnahmen der Invalidenversicherung greifen nicht dort, wo sie greifen sollten: Nämlich bei Geringverdienenden. Das bestätigt Regierungsrat Pedrazzini selbst – ändern will er aber nichts.

**Desirée Vogt**  
dvogt@medienhaus.li

Wer durch eine Krankheit bedingt seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, hat es ohnehin nicht leicht. Hoffte er dann auf Unterstützungsmassnahmen durch die Invalidenversicherung, um sich umschulen zu lassen und wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können, hat er es gerade als Geringverdiener noch schwerer. Die Berechnung des IV-Grades ist komplex und führt dazu, dass eben diese Geringverdienenden mit einem Bruttolohn um 5000 Franken den erforderlichen IV-Grad von 20 respektive 40 Grad nicht erreichen, um in den Genuss einer Umschulung oder eines Lohnzuschusses zu kommen. Aus diesem Grund hat die Freie Liste im Oktober 2017 ein Postulat eingereicht. Die Regierung sollte prüfen, wie die gesetzlich vorgegebenen Integrationsmassnahmen der IV angepasst

werden können, sodass sie auch bei Geringverdienenden greifen. Die Postulatsbeantwortung gefiel einem Grossteil des Landtags ganz und gar nicht und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini musste einiges einstecken. Dass das Postulat am Ende doch abgeschrieben wurde, hat er der FBPsowie der DU-Fraktion zu verdanken.

## Regierung outet sich als «ratlos»

Keine Offenheit, keine Kreativität und nur ganz wenig Bereitschaft für sinnvolle Anpassungen ortet Postulant Georg Kaufmann beim Gesellschaftsminister. Die Beantwortung des Postulats sei eine Rechtfertigung des Ist-Zustandes und stelle zusammen, was alles nicht möglich sei. Und sie bestätige, dass die IV in erster Linie eine Erwerbsausfallversicherung für die Besserverdienenden im Falle einer gesundheitlichen Einschränkung sei. Für Kaufmann



Postulant Georg Kaufmann (FL) fand klare Worte für die Arbeit von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini: keine Offenheit, keine Kreativität und nur ganz wenig Bereitschaft für sinnvolle Anpassungen.



Auch für den VU-Fraktionssprecher Günter Vogt ist klar: «Wir könnten, wenn wir wirklich wollten.»

Bilder: Daniel Schwendener

braucht es ein klares Signal der Politik, und er ist überzeugt, dass sich entgegen der Aussage Pedrazzinis durch gesetzgeberische Massnahmen sehr wohl etwas ändern liesse. Kaufmanns bittere Enttäuschung kann die VU-Abgeordnete Violanda Lanter-Koller sehr gut nachvollziehen. Sie fasste die Haltung der Regierung zusammen: «Problem vorhanden und erkannt – Lösung nicht in Sicht.» Es könne doch nicht sein, dass die angewandete Methodik zur Ermittlung eines Leistungsanspruchs auf Eingliederungsmassnahmen dazu führe, dass der Grundsatz des IV-Gesetzes, nämlich «Eingliederung vor Rente» bei beinahe 50 Prozent der Versicherten von vornherein praktisch nicht erfüllt werden könne.

«Wir kommen nicht weiter, wenn die Regierung die von den Postulanten aufgezeigten Probleme im Zusammenhang mit den Eingliederungsmassnahmen bestätigt, sich bei der Prüfung von Lösungsansätzen aber als ziemlich ratlos outet.» Lanter-Koller ist überzeugt: Soll die Zielsetzung des IV-Gesetzes erfüllt werden bzw. sollen möglichst viele betroffene Menschen vom Versicherungsschutz profitieren können, dann muss über kurz oder lang die Grundkonzeption des Gesetzes überdacht werden.

Dem pflichtete auch VU-Fraktionssprecher Günter Vogt bei: «Hier besteht eine ganz klare Schlechterstellung von Geringverdienenden im IV-Bereich aufgrund dieser wirtschaftlichen Be-

rechnung.» Die Regierung erkläre, dass die IV eine Erwerbsausfallversicherung sei und keine berufsspezifische Versicherung. Und genau hier ortet auch Günter Vogt ein systemspezifisches Problem, das es zu optimieren gelte. «Wir könnten, wenn wir wirklich wollten.» Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini machte klar, dass er die Sache anders sieht. «Ich habe eine klare Meinung zu den dargelegten Dingen – und die unterscheidet sich von Ihrer. Das heisst nicht, dass ich die Dinge nicht ernst nehme.» Die IV solle auch in Zukunft eine Versicherung sein, die den Erwerbsausfall im Auge habe. So sei sie konstruiert und so funktioniere sie auch. Sein Fazit: «Das heutige System ist im Grundsatz stimmig.»